

⁸ Reinhard Hutter, „Cyber-Terror“: *Risiken im Informationszeitalter*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (B 10-11/2002), 31–39.

⁹ In Bezug auf die Ordnung der Massenmedien siehe Bernhard Laux, *Die institutionelle Ordnung der Massenkommunikation aus sozioethischer Sicht*, Frankfurt u.a. 1986.

¹⁰ Dies sind die Spitzenbeobachtungen von Sherry Turkle, *Leben im Internet*, Reinbek 1998.

¹¹ Siehe ausführlich: Ottmar John, *Missionarisches Engagement und Internet*, in: *Communicatio Socialis* 33 (2000), 185–211.

Cyberpower – die Macht des Internets: nur ein Störfaktor?

Peter Ferdinand

Macht und die Macht des Internets

Macht ist ein grundlegender Begriff zur Analyse der Funktionsweisen einer Gesellschaft – und einer der am schwersten zu definierenden. Verschiedene gesellschaftswissenschaftliche Disziplinen benutzen den Machtbegriff in unterschiedlicher, wenn auch sich überschneidender Weise. Politologen verwenden ihn gern zur Reflexion über die Regierungs- oder Staatsmacht, d.h. über die Macht politischer Institutionen. Zur Untermauerung dieses Verständnisses dient normalerweise das Interesse an der normativen Dimension von Macht: Was rechtfertigt ihren Gebrauch? Wie kann der unrechtmäßige Gebrauch von Macht verhindert werden? In Bezug auf das Internet konzentrieren sich Politologen auf dessen Verhältnis zu bestehenden politischen Institutionen: Inwiefern unterminiert oder stärkt es sie? Genauer: Wie „legitim“ ist politische *Cyberpower*? Wer übt sie aus? Postmoderne Denker wie Foucault und kritische Theoretiker wie Habermas mögen Macht als einen Ausdruck der natürlichen Ungleichheiten verstehen, wie sie in der kapitalistischen Gesellschaft zu finden sind.¹ Für sie ist das Problem des rechtmäßigen Gebrauchs von Macht weniger wichtig. Soziologen neigen ebenfalls dazu, Macht als Teil der weiter gefassten Rahmenbedingungen sozialer Beziehungen zu sehen, was nicht notwendigerweise ein normatives Element einschließen muss. Parsons zum Beispiel verglich die Macht mit der Rolle des Geldes in der Wirtschaft: Sie ist eine Ressource, die Individuen oder Gruppen zum Erreichen ihrer Ziele einsetzen.² Genauso wie Geld im moralischen Sinn als wertneutral gedacht werden kann, so ist die Ausübung von „Macht“ ein „natürliches“ Merkmal sozialer Beziehungen. Aus dieser Perspektive betrachtet, ist Cyberpower genauso legitim oder illegitim wie jede andere Form von Macht. Sie mag Ungleichheiten verstärken oder reduzieren – wahrscheinlich eher das Erstere –, aber ihre Wirkung ist gewiss.

Die Frage der Definition wird noch verschärft durch das Problem der Nachweisbarkeit, wenn es um die virtuelle Welt des Internets geht. Dort nehmen individuelle Nutzer manchmal andere Persönlichkeiten an, wenn sie mit anderen im Internet kommunizieren. Sie täuschen vor, ein anderer/eine andere zu sein, als sie wirklich sind, entweder zu ihrer persönlichen Befriedigung - um ein Einstellungs- und Wertesystem anzunehmen, das sich von dem, was sie in der normalen Gesellschaft vertreten, unterscheidet, weil es ihnen ein Gefühl von Freiheit gibt - oder auch um andere bewusst zu hintergehen. Was sind also die wahren oder wirklichen Ansichten von Internet-Surfern? Wir müssen all das bedenken, wenn wir Beiträge im Internet, Stellungnahmen in E-Mail-Diskussionsforen usw. betrachten. Das muss die Analyse des Einflusses der „virtuellen“ Welt auf die wirkliche Welt zwangsläufig komplizieren.

Im Folgenden wird dieser Artikel in erster Linie die politische Dimension und potentielle „Macht“ des Internets in den Blick nehmen. Wie wirkt sie sich auf die Regierung und, wo es sie gibt, auf die Demokratie aus?

Politische Cyberpower

Nach Ansicht einiger der radikalsten Advokaten der elektronischen oder „Cyber“-Demokratie ermöglicht es die neue Technologie, das alte athenische Ideal der direkten Demokratie zu verwirklichen. Benjamin Barber schreibt über die Möglichkeit einer „starken“ Demokratie³, das Internet könne eine moderne Entsprechung der Agora werden, des Ortes, an dem sich die Bürger Athens regelmäßig trafen, um über öffentliche Angelegenheiten zu entscheiden. Es könnte eine viel größere und regelmäßige Bürgerbeteiligung an Politik im Allgemeinen und an einzelnen politischen Entscheidungen ermöglichen.

In den Vereinigten Staaten wurde dieser Anspruch mit dem alten, aus der Frühzeit der amerikanischen Republik stammenden Ideal der lokalen Demokratie auf Ortsebene in Verbindung gebracht.⁴ Und da die moderne amerikanische Demokratie in zunehmendem Maße dem großen Geld verpflichtet zu sein scheint, da etwa Kandidaten für öffentliche Ämter enorme Summen für Werbekampagnen ausgeben müssen, scheint das Internet eine Möglichkeit zu bieten, den politischen Prozess wieder an die „normalen“ Menschen zurückzubinden. Der Erfolg des parteilosen früheren Ringers und Schauspielers Jessie Ventura, dessen Wahl zum Gouverneur von Minnesota im Jahr 1998 weitestgehend auf eine ausgeklügelte „low-budget“-Wahlkampagne im Internet zurückzuführen war, weist auf neue Möglichkeiten für das Internet in der Politik hin.

Aber obgleich Amerika als die Heimat des Internets betrachtet wird und es eine der höchsten Internetnutzerraten gemessen an der Gesamtbevölkerung aufweist, wirkt sich dieses Ideal nicht nur auf die Vereinigten Staaten aus. Es gibt keinen Grund, warum das so sein sollte. In Westeuropa gibt es eine Tradition der Volksentscheide über öffentliche Angelegenheiten - vor allem in der Schweiz. In

den letzten Jahren hat sich der Kanton Genf das Internet zunutze gemacht, um diese Tradition auszuweiten.

Dennoch kann man nicht behaupten, dass das Internet bisher eine dramatische Veränderung in der Staatspolitik der Vereinigten Staaten bewirkt hätte. Während es in seinen Anfängen ein neues Medium war, für das sich die erprobten Fähigkeiten der Medienprofis in den amerikanischen Parteien nur als wenig hilfreich erwiesen, haben sich diese inzwischen sehr gut angepasst. Die beiden großen Parteien investierten 2004 noch mehr Geld und Ressourcen in ihre Internetstrategien und produzierten strahlende Internetseiten, die die Appelle der einzelnen Kandidaten auf wesentlich stärker segmentierte Gruppen unter den potentiellen Wählern zuzuschneiden versuchten. Sie waren imstande, den Kandidaten dritter Parteien oder unabhängigen Kandidaten jede Chance auf den Gewinn eines Amtes zu nehmen.

Zweifellos hat das Internet auch neue Möglichkeiten für Nichtregierungsorganisationen wie die Liga der Wählerinnen (*League of Women Voters*) geschaffen. So können den potentiellen Wählern nun objektivere Informationen über die politischen Positionen einzelner Kandidaten für öffentliche Ämter zugänglich gemacht werden, um der einseitigen Darstellung in den Berichten der großen Mediennetzwerke entgegenzuwirken. Aber welche Auswirkungen hat das tatsächlich auf den Ausgang der Präsidentschaftswahlen gehabt? Offenbar ist es kommerziellen Medienorganisationen gelungen, ihre Kontrolle über das Internet ebenfalls auszuweiten und damit Versuche an den Rand zu drängen, mehr am Gemeinwohl orientierte Websites zu erstellen.

Es gab auch Hoffnungen, dass die Probleme, die es bei der Präsidentschaftswahl im Jahr 2000 mit den traditionellen Wahlmethoden gegeben hatte, zu einem stärkeren Einsatz elektronischer Wahlverfahren würden, aber die Schwierigkeiten, die Integrität und Vertraulichkeit des Wahlvorgangs sicherzustellen, verhinderten ihre Einführung in größerem Umfang.⁵

All das deutet darauf hin, dass das Internet sicherlich die Macht hat, bestehende politische Gepflogenheiten in Demokratien zu stören, dass es aber nicht zu einer Veränderung der Politik geführt hat. Nach Einschätzung Bimbers führt es zu einem „beschleunigten Pluralismus“, d.h. es beschleunigt das Tempo von politischem und sozialem Wandel, verändert aber nicht seine Richtung.⁶

Natürlich darf man den Einfluss des Internets nicht nur auf existierende Demokratien begrenzt sehen. Es ist weltweit verbreitet, auch in autoritären Regimes. Welchen Einfluss hat das Internet dort gehabt?

Nehmen wir einmal das Beispiel Indonesien. 1998 war Präsident Suharto 33 Jahre an der Macht. Sein autoritäres Regime hatte den Forderungen nach einer deutlichen Liberalisierung getrotzt, und er war gerade für eine neue Amtszeit wiedergewählt worden. Die asiatische Finanzkrise hatte die indonesische Wirtschaft jedoch schwer getroffen, und Unmut kam auf, als es den Anschein hatte, dass Suharto und seine engen Gefolgsleute sich durch offene Korruption den Konsequenzen der wirtschaftlichen Umstrukturierung entziehen würden. Die traditionellen Medien waren in ihrer Berichterstattung über die problematische

Situation nicht frei. Hier spielte das Internet durch die Stimulierung von Dissens eine katalytische Rolle. Drei Dinge waren von entscheidender Bedeutung: Das erste war, dass die Regierung in den 90er Jahren wegen zu erwartender wirtschaftlicher Vorteile die Verbreitung des Internets gefördert hatte. Sie hatte aber keine Verfahren zur Zensur politischer Inhalte entwickelt, wie es sie für Presse, Radio und Fernsehen gab. So wurde die Regierung von den Angriffen überrascht. Zweitens stellte das Internet für Indonesier, die außerhalb ihres Heimatlandes lebten (Dissidenten eingeschlossen), eine Möglichkeit dar, sich an den politischen Debatten innerhalb des Landes zu beteiligen, vor allem, da eines der größten Diskussionsforen von den Vereinigten Staaten aus von einem amerikanischen Akademiker geführt wurde und sich so jenseits der Kontrollmöglichkeiten der indonesischen Autoritäten befand. Drittens öffnete das Internet völlig neue Kanäle für die horizontale Kommunikation unter politikfernen Menschen in „Echtzeit“, auch wenn sie physisch voneinander entfernt waren. Es versetzte vor allem Studenten in die Lage, weit effektivere Proteste auf den Straßen von Jakarta zu organisieren. Und wenn im indonesischen Parlament entscheidende Debatten anstanden, konnten Abgeordnete der Oppositionspartei den draußen vor dem Parlamentsgebäude stattfindenden Studentendemonstrationen die Informationen darüber per Internet übermitteln. Auf diese Weise konnten die Proteste viel zeitnaher und gezielter stattfinden. Das Ergebnis war, dass Suharto zurückzutreten musste. Obschon eine Reihe anderer Faktoren ebenfalls eine Rolle spielten, war dies eine dramatische Demonstration dafür, wie das Internet als Katalysator für politische Veränderung dienen konnte.⁷

Oder nehmen wir das Beispiel China. Hier waren die kommunistischen Machthaber hinsichtlich der Möglichkeiten von Dissidenten und Oppositionskräften, das Internet für ihre Zwecke zu nutzen, besser auf der Hut. Sie entwickelten eine Internet-Infrastruktur, die wesentlich schärfer überwacht wird. Zu Abschreckungszwecken machen sie die Strafverfolgung von Personen, die das Internet politisch missbrauchen, publik – „Hühner töten, um den Hahn abzuschrecken“, wie ein chinesisches Sprichwort sagt. Sie blockieren nicht nur den Zugang zu politisch sensiblen Websites im Ausland, sondern setzen auch gelegentlich den Zugang zu Suchmaschinen wie Google außer Kraft, um „Missbrauch“ entgegenzuwirken. Und sie üben starken Druck auf kommerzielle Internet-Anbieter und die Betreiber von Internet-Cafés aus, Beiträge auf elektronischen Diskussionsforen zu zensieren. Bis heute ist es den Behörden gelungen zu verhindern, dass ihre Kontrolle durch das Internet ernsthaft bedroht wird.

Und doch hat das Internet alternative Versionen von offiziellen Nachrichten im ganzen Land verbreitet, sei es auf elektronischem Weg oder nachfolgend durch mündliches Weitererzählen. Den Versuchen von nationalen oder örtlichen Funktionären, Katastrophen und ihre Verantwortung dafür zu vertuschen, wurden alternative Berichte auf Diskussionsforen entgegengesetzt. So wurde zum Beispiel der damalige Premierminister Zhu Rongji gezwungen, eine Untersuchung in eigener Sache durchzuführen und den offiziellen Bericht über die Ursachen einer Explosion in einer Schule umzuschreiben, nachdem Internetanwender

in derselben Provinz Gerüchte verbreitet hatten, dass von den Schulkindern dort erwartet worden war, Feuerwerkskörper zum Verkauf herzustellen. Die meisten Sorgen bereitete dem Regime jedoch, dass es der religiösen Sekte Falun Gong im Jahr 2000 gelang, eine Demonstration mit mehreren tausend Teilnehmern vor dem Gebäude, in dem sich gerade die höchsten Staatsmänner aufhielten, zu organisieren, was die Regierung völlig überraschend traf.

So hat sich das Internet natürlich schon darauf ausgewirkt, wie die offiziellen Medien in China Nachrichten präsentieren. Die offizielle Zeitung der Kommunistischen Partei in China – *People's Daily* – unterhält ein elektronisches Diskussionsforum („Das starke Landesforum“), das dem Einzelnen Gelegenheit bieten will, positive Beiträge zu öffentlichen Fragen zu leisten. Das übt wiederum einen Einfluss darauf aus, wie *People's Daily* und andere staatliche Medien, wie z.B. Fernsehsender, über Ereignisse berichten, da sie sich bewusst sind, dass ungenaue Berichterstattung im Internet in Frage gestellt wird. Dies hat die Agenda der öffentlichen Diskussion verändert. Nichtsdestoweniger warnen Autoren wie Kalathil und Boase davor, dass autoritäre Regierungen das Internet dazu nutzen könnten, politische Dissidenten aufzuspüren und zu unterdrücken.⁸

Analyse

Was also sagen uns diese Beispiele über Cyberpower? Hält man sich an Parsons soziologische Definition, dann ist Macht eine Ressource, die die Mitglieder einer Gesellschaft nutzen können. Sie befähigt Menschen zu bekommen, was sie wollen. Cyberpower ist das Mittel, mit dem Einzelne oder Gruppen in der Gesellschaft das Internet nutzen, um ihre Ziele zu erreichen. In diesem Sinne ist gegen den Begriff nichts einzuwenden. Er bezeichnet schlicht eine weitere Ergänzung zum Repertoire von Ressourcen, die eingesetzt werden können. Cyberpower begünstigt besonders diejenigen, die die Fähigkeit und die Entschlossenheit besitzen, sich diese Technologie zunutze zu machen. Im Besonderen bietet es für jüngere und gebildete Menschen eine zusätzliche Möglichkeit, ihre Ziele und Interessen zu verfolgen. Millionen von jungen Menschen nutzen es, um umsonst Popsongs herunterzuladen und haben damit die Musikbranche veranlasst, ihre Vertriebswege zu überholen, um wenigstens einen geringen Teil ihrer Einkünfte zurückzugewinnen, auch wenn das bedeutet, dass Popmusik nun wesentlich kostengünstiger zu haben ist als vorher. Und in Indonesien waren es besonders die Studenten, die sich das

Der Autor

Dr. Peter Ferdinand ist Leiter des Zentrums für Demokratisierungsstudien an der Universität von Warwick und war im letzten Jahr amtierender Vorsitzender des Fachbereichs für Politik und Internationale Studien. Zahlreiche Veröffentlichungen über Politik und Wirtschaft in Ostasien und der ehemaligen kommunistischen Welt sowie zum Themenbereich Internet und Demokratisierung. Anschrift: Centre for Studies in Democratization, Department of Politics and International Studies, University of Warwick, Coventry CV4 7AL, Großbritannien. E-Mail: Peter.Ferdinand@warwick.ac.uk.

Internet zunutze machten, um 1998 Demonstrationen gegen Suhartos Regime zu organisieren.

Legen wir Foucaults Definition zugrunde, wonach Macht mit Formen von Herrschaft gleichgesetzt wird, dann hat der Begriff der Cyberpower hier ebenfalls eine Bedeutung. Alle Gesellschaften, die das Internet kennen, leiden momentan an einer Art von „digitaler Spaltung“ (*digital divide*). Keine Gesellschaft, noch nicht einmal die der Vereinigten Staaten von Amerika, verfügt bisher über den flächendeckenden Zugang zum Internet. Insofern das Internet Anwendern Nutzen bringen kann, der ansonsten nicht zu erreichen wäre, erlangen Menschen, die online gehen, Vorteile auf Kosten der übrigen Gesellschaft. Irgendwann in der Zukunft könnte das Internet genauso zum Lebensstandard des Menschen gehören wie Radio und Fernsehen heute, was dann bedeuten würde, dass die Macht des Internets, die von der digitalen Spaltung ausgeht, an Bedeutung verlieren würde. Aber selbst dann werden wahrscheinlich einige Menschen geschickter im Umgang damit sein als andere, so dass sie immer noch eher in der Lage sein werden, das Internet zu ihrem eigenen Vorteil zu nutzen. Der Begriff der Cyberpower wird also auch dann noch eine gewisse Bedeutung haben.

Betrachten wir jedoch die Verwendung des Begriffs der Macht bei Politologen, erweist sich Cyberpower als problematischer. Das rührt von seiner Verbindung zu existierenden Prozessen der politischen Entscheidungsfindung her, seien sie demokratisch oder nicht. Wie Hay betonte, versteht man unter „Macht“ die Fähigkeit agierender Personen, eine Wirkung auf den Kontext auszuüben, der den Bereich der Möglichkeiten anderer definiert. Das kann drei Dimensionen haben. Die erste bezieht sich darauf, wer politische Entscheidungen trifft. Die zweite enthält die Frage, wonach sich die Agenda von Entscheidungen richtet. Das kann auch die Frage einschließen, wie potentielle Themenstellungen in die politische Entscheidungsfindung ein- oder von ihr ausgeschlossen werden. Und bei der dritten geht es darum, wie Präferenzen für bestimmte politische Richtungen gebildet werden.⁹

Für die erste Dimension spielt der Begriff der Cyberpower eindeutig keine große Rolle. Alle Regierungen operieren eher in der realen als in der virtuellen Welt. Es gibt keine virtuellen Parlamente oder Regierungen. Selbst wenn das Internet in zunehmendem Maße für Volksbefragungen genutzt wird, so macht das für die absehbare Zukunft trotzdem nur einen winzigen Anteil der Entscheidungen aus, die von nationalen oder lokalen Regierungen getroffen werden.

Für die zweite Dimension, das Aufstellen von Programmen, ist Cyberpower schon relevanter. Das Internet bietet neue Möglichkeiten und Mittel, Themen in die Öffentlichkeit zu bringen und sich darüber eine Meinung zu bilden. Selbst in China hat es die Regierung für nötig gehalten, auf Fragen zu reagieren, die per Internet gestellt wurden und die sie früher hätte ignorieren oder übergehen können. Natürlich erregt nicht jedes Thema, das im Internet aufgebracht wird, die Aufmerksamkeit der Regierung. Aber dennoch machen sich die Regierungen zu Recht Sorgen über die Rechtmäßigkeit von Forderungen, die von relativ kleinen Gruppen über das Internet gestellt werden. Selbst in Demokratien - oder

möglicherweise besonders in Demokratien – bedeutet das Ausmaß, in dem Protestierer sich außerhalb des regulären politischen Prozesses Gehör verschaffen, einen Anlass zur Sorge.

Und die Tatsache, dass das Internet direktere horizontale Kommunikationskanäle zwischen Einzelnen und Gruppen zur Verfügung stellen kann, und das in größerer Nähe zur „Echtzeit“, hat zur Folge, dass politische Gruppen ihre Regierungen nun viel unmittelbarer herausfordern können. Rheingold hat über den Aufstieg des „intelligenten Mobs“ geschrieben, der Regierungen mit direkten Protesten ganz unvorhergesehen in den Hinterhalt locken und sie erpressen kann. Die britische Regierung z.B. musste klein begeben, als Protestierer gegen höhere Ölpreise blitzschnelle Blockaden von Raffinerien organisierten, um zu verhindern, dass der Kraftstoff ausgeliefert werden konnte. Natürlich ist es nicht nur das Internet, was es den „intelligenten Mobs“ leichter macht. Es liegt auch an der zunehmenden technischen Perfektion und Vielfalt der Kommunikationstechnologien, wie z.B. bei den Mobiltelefonen. Aber das Internet spielt hierbei eine sehr wichtige Rolle.

In ähnlicher Weise können wir, wenn wir zur dritten Dimension der politischen Macht – der Bildung von Präferenzen – kommen, erkennen, dass der Begriff der Cyberpower auch in diesem Kontext wirklich seine Berechtigung hat. Die Möglichkeit des Internets, z.B. alternative Erklärungen oder Versionen von Ereignissen für die öffentliche Meinungsbildung ins Gespräch zu bringen, die sich von den Darstellungen in den traditionelleren Medien unterscheiden, kann Einfluss auf die politischen Präferenzen von Einzelpersonen, Gruppen und der ganzen Gesellschaft ausüben. Das Internet räumt Personen, ganz zu schweigen von Gruppen, die Möglichkeit ein, mit Informationen öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen, wie es früher unmöglich gewesen wäre. Die Drohung mit einer Beleidigungsklage kann einfacher umgangen werden, da Informationen aus dem Netz nun international verfügbar sind. Einzelne Unternehmen in China wie auch in den USA haben sich z.B. selbst als Zielscheiben von Internetspekulationen über ihre „wahren“ Profite und Geschäftspraktiken wiedergefunden, was sich dann negativ auf ihren Aktienkurs ausgewirkt hat. Teilweise geschah das gezielt und böswillig.

Cyberpower – Störfaktor oder eine Kraft für das Gemeinwohl?

Kann Cyberpower auf eine abgestimmte Art und Weise zugunsten des Gemeinwohls genutzt werden? Wir haben zahlreiche Beispiele gesehen, in denen Gruppen das Internet eingesetzt haben, um bestehende Autoritäten anzugreifen. Es gibt keinen Zweifel an der Kapazität des Internets, störend einzugreifen – in vorherrschende Meinungen und in existierende Prozesse der Meinungsbildung. Aber was ist mit den Hoffnungen, dass es die Grundlage für eine wahrhaft pluralistische, demokratische politische Ordnung bilden könnte?

Zur Zeit ist es offensichtlich zu früh, darauf auf einer nationalen Ebene zu hoffen.

Sogar elektronische Ortsversammlungen in den USA müssen mit traditionellen „realen“ Formen der Beschlussfassung kombiniert werden. Die digitale Spaltung ist immer noch ein zu großes Hindernis. Und bevor etwas Derartiges funktionieren könnte, müsste ein Konsens über die Rechtmäßigkeit von Verfahren zur Beschlussfassung mit elektronischen Mitteln gefunden werden. In nationalen Demokratien wird das Primat der Volksvertreter, die durch traditionelle Methoden gewählt werden, noch für eine lange Zeit fortbestehen.

Aber wenn das Internet zumindest jetzt noch kein angemessenes Instrument für demokratische Entscheidungsfindung sein kann, könnte es nicht die Basis für ein umfassenderes und reichhaltigeres Forum für die politische Debatte sein? Könnte es sich nicht zu einer Art von „öffentlichem Raum“ entwickeln, den z.B. Habermas für eine echte Demokratie für notwendig hält?¹⁰ Was ist aus den Hoffnungen auf eine elektronische Agora geworden?

Auf einer Ebene sind sie schon zum Teil Wirklichkeit geworden. Das Internet stellt ein viel reichhaltigeres und vielseitigeres Angebot an Meinungen und Informationen, die sowohl zu Hause als auch am Arbeitsplatz abrufbar sind, zur Verfügung, als es das jemals zuvor gegeben hat. Einzelpersonen und Gruppen sind heute in der Lage, ihre Ansichten direkt an die Öffentlichkeit zu geben. In seiner Gesamtheit betrachtet, ist das Internet zweifellos ungemein reich und vielgesichtig. Aber bei genauerem Hinsehen erweist es sich als ein schwindelerregendes Kaleidoskop von Diskussionsforen und Websites. Statt *eine* elektronische Agora auf der Ebene eines Nationalstaates zu schaffen, besteht es aus Netzwerken von Diskussionsforen, in denen ein Beitrag in einem Forum den Teilnehmern anderer Foren verborgen bleibt oder von ihnen ignoriert wird. Das Debattieren per Internet ist ein Irrgarten von Nischendiskussionen, die aneinander vorbeigehen. Einige sind extrem dunkel. Extremistenorganisationen florieren in den Winkeln und Ritzen des Internets. Da immer mehr Menschen online gehen, wird sich dieses Problem eher noch verschlimmern. Frühe Pionierversuche der Parlamente in Deutschland und Schottland, nationale Foren für öffentliche Debatten einzurichten, scheinen bereits aus Mangel an Interesse gescheitert zu sein.

Das Internet ist eine Technologie. Man könnte demnach sagen, dass es nur die Macht hat, die Menschen ihm zugestehen. Cyberpower muss nicht notwendigerweise darauf begrenzt sein, als Störfaktor zu wirken. Theoretisch sollten die Menschen in der Lage sein, es zu konstruktiven Zwecken einzusetzen. Aber das Internet war ursprünglich so konzipiert, dass es von niemandem kontrolliert werden konnte, da es einen nuklearen Angriff überstehen sollte. Diese Flexibilität war eine hohe Tugend, aber sie ist auch eine große Hürde. Kann die Macht des Internets selbst in einer verbindenderen Art und Weise zugunsten des Gemeinwohls eingesetzt werden? Hierin liegt eine enorme Herausforderung für die Zukunft. Wenn das so ist, wer sollte sie umsetzen? Wieder sind wir mit dem Problem des rechtmäßigen Gebrauchs von Macht, in diesem Fall der Macht des Internets, konfrontiert. Nur Entscheidungsträger der realen Welt können diese Frage lösen.

¹ Tim Jordan, *Cyberpower: the Culture and Politics of Cyberspace and the Internet*, London 1999, 15-19.

² Talcott Parsons, *Power and the Social System*, in: Steven Lukes (Hg.), *Power. A Radical View*, Oxford 1986, 94-143.

³ Benjamin R. Barber, *Three Scenarios for the Future of Technology and Strong Democracy*, in: *Political Science Quarterly* 113 (1998), 573-89.

⁴ Ted Becker/Christa Daryl Slaton, *The Future of Teledemocracy*, Westport 2000.

⁵ Vgl. dazu die Berichte über das laufende Forschungsprojekt der U.S. National Science Foundation über das elektronische Wählen, in: www7.nationalacademies.org/cstb/project_evoting.html.

⁶ Bruce Bimber, *The Internet and Political Transformation: Populism, Community and Accelerated Pluralism*, in: *Polity* XXXI (1998), 133-60.

⁷ David T. Hill/Krishna Sen, *The Internet in Indonesia's New Democracy*, in: Peter Ferdinand (Hg.), *The Internet, Democracy and Democratization*, London 2000, 119-36.

⁸ Shanti Kalathil/Taylor C. Boase, *The Internet and State Control in Authoritarian Regimes: China, Cuba and the Counterrevolution* (Carnegie Endowment for International Peace Global Policy Program Paper Nr. 21), Washington 2001.

⁹ Colin Hay, *Political Analysis: A Critical Introduction*, London 2002, 168-193.

¹⁰ Jürgen Habermas, *The Public Sphere: an Encyclopedia Article*, in: Stephen Eric Bronner/Douglas Kellner (Hg.), *Critical Theory and Society: a Reader*, New York/London 1989, 136-142.

Aus dem Englischen übersetzt von Andrea Kett

Führt die digitale Weltvernetzung zu einer globalen Informationsethik?

Rafael Capurro

Einleitung

Mehr als zehn Jahre nach der Entstehung des Internets stehen wir vor einer paradoxen Situation: Je mehr der anfängliche Mythos einer von der realen Welt sich unterscheidenden *Cyberwelt* verblasst und das Internet zum Alltag von Millionen von Menschen gehört, um so mehr wachsen die Erwartungen, dieses Medium werde uns, in einer anderen Weise als dies die Individual- und Massen-

Cyberpower – die Macht des Internets: nur ein Störfaktor?